



Der Weg zum Landesgleichstellungsgesetz in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz war im Jahre 1983 das erste Bundesland, das mit Leitlinien zur beruflichen Förderung von Frauen im Landesdienst verwaltungsinterne Richtlinien zur Frauenförderung aufstellte und diese mit "Weiterführenden Empfehlungen des Ministerrates zur Umsetzung der Leitlinien" vom 09.12.1985 ergänzte. Es handelte sich dabei nicht um ein wirksames Instrument zur Frauenförderung, da die "Leitlinien" lediglich empfehlenden Charakter besaßen.

Vergleichbare Handlungsanweisungen wurden ab diesem Zeitpunkt nach und nach in allen (alten) Bundesländern eingeführt. Der rechtlichen Form nach waren diese teilweise - wie in Rheinland-Pfalz - als bloße Willenserklärungen, zum Teil als bindende Verwaltungsbestimmungen zu qualifizieren. Individuelle Rechtsansprüche einzelner Frauen (oder Männer) wurden dadurch nicht begründet.

Da der Gesetzgeber die den Freiheits- und Gleichheitsbereich der Bürgerinnen und Bürger berührenden wesentlichen Regelungen selbst zu treffen hat, ist es nach fast einhelliger Meinung in Literatur erforderlich, rechtlich verbindliche und einklagbare Regelungen zur quantitativen Frauenförderung in förmlichen Gesetzen zu normieren.

Die ersten Gesetze zur Gleichstellung wurden 1989 vom Saarland und von Nordrhein-Westfalen erlassen, denen die Stadtstaaten der alten Bundesrepublik folgten. Inzwischen existieren sowohl für die Bundesverwaltung als auch in nahezu allen Bundesländern Gesetze, die Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern zum Inhalt haben.

Als 1991 in Rheinland-Pfalz die sozialliberale Koalition die Regierung übernahm, wurde in den Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und FDP die gesetzliche Regelung der Frauenförderung im öffentlichen Dienst in Aussicht gestellt. Den Beratungen im Landtag im Frühjahr 1995 lagen zwei Gesetzentwürfe zugrunde: das „Rheinland-Pfälzische Gesetz zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen (Landesgleichberechtigungsgesetz - LGG -)“ von Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Landtag Rheinland-Pfalz, Drucksache 12/5919) sowie der Gesetzentwurf der Landesregierung „Landesgleichstellungsgesetz (LGG)“ (Landtag Rheinland-Pfalz, Drucksache 12/6084).

Eine intensive und inhaltlich qualifizierte Diskussion über die Bestimmungen des Landesgleichstellungsgesetzes wurde in der Anhörung der Sachverständigen vor dem Ausschuß für Frauenfragen des Landtags am 02.05.1995 geführt (Landtag Rheinland-Pfalz, Protokoll der Anhörung vom 2.5.1995). Dabei bezogen sich die Diskussionen insbesondere auf die Punkte Quote, Härteklausele, Entlastung der Gleichstellungsbeauftragten, Sanktionsmöglichkeiten, Möglichkeiten zur Frauenförderung durch öffentliche Aufträge sowie sexuelle Belästigung.

Der Entwurf der Landesregierung wurde am 11.07.1995 beschlossen und am 25.07.1995 im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz veröffentlicht. Damit hat das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenz verbindliche Regelungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst geschaffen.

Quelle: Der Weg zum Landesgleichstellungsgesetz: Lehrgangskonzeption für die Fort- und Weiterbildung zum Landesgleichstellungsgesetz (LGG). Hrsg. v. Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen, 1997.